

<b>Zeitschrift:</b>	Schweizer Soldat + MFD : unabhängige Monatszeitschrift für Armee und Kader mit MFD-Zeitung
<b>Herausgeber:</b>	Verlagsgenossenschaft Schweizer Soldat
<b>Band:</b>	70 (1995)
<b>Heft:</b>	3
<b>Vorwort:</b>	Vorwort des Redaktors
<b>Autor:</b>	Hofstetter, Edwin

### Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 23.02.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

# VORWORT DES REDAKTORS

## Brot statt Feuer

In einer grossen Stadt gibt es eine in sozialen Belangen verdiente politische Partei. Doch ihre Parteistrategen verkünden obstruktive Ideen. Sie wollen die Feuerwehr in der Stadt abschaffen, mindestens aber das Leistungsvermögen halbieren. Der Parteipräsident argumentierte kürzlich an einer Veranstaltung, dass es das Feuer nicht mehr gebe und auch nicht mehr geben dürfe. Man kochte doch heute mit elektrischem Strom und nicht mehr mit dem Feuer von Holz und Kohle, deren Asche früher – unachtsam weggeworfen – Häuser angezündet habe. Man solle mit dem bei der Feuerwehr eingesparten Geld die Hilfswerke unterstützen. Diese planten, einigen noch primitiven Stämmen den elektrischen Strom zu bringen, damit diese in ihren Hütten nicht mehr mit Kesseln über dem offenen Feuer kochen müssen. Der Parteausschuss sei auch der Auffassung, dass die Streichhölzer und Feueranzünder fabrizierenden Werke der Stadt zu schliessen seien. Man habe ja genügend Geld in der Arbeitslosenkasse. Die Stadt würde als Beispiel in die Geschichte eingehen. Habe sie doch dafür gesorgt, dass keine Feuerentfacher mehr in die Entwicklungsländer exportiert werden. Ergo, das Feuer und die Feuerwehr müsse es auch dort nicht mehr geben.

Das hört sich alles gut an bei den Bürgern, welche das achtsame Ziel verfolgen, Schwachen und Zurückgebliebenen zu helfen. Sie brauchen nicht nur für die Hilfe viel Geld, denn sie haben für die Organisation ihrer Hilfe eine aufwendige Administration geschaffen. In der Zentrale stellten sie einige teure Leute mit Doktorhüten an, welche Expertisen und Reisen machten. Man wolle ja auch die Idee «*Brot statt Feuer*» mit politischen Aktionen unterstützen. So sei es ganz klar, dass darum gut ein Viertel der Spendengelder für den internen Gebrauch verwendet werden müsse.

Es fällt sicher nicht schwer, die von mir erfundene Geschichte als zutreffenden Vergleich für das Vorgehen einer grossen Zahl von Schweizer Hilfswerken zu nehmen. Wir erwarten, dass sich die Hilfswerke politisch streng neutral verhalten. An diesen Grundsatz wollen sie sich auch in ihrem Umgang mit Hilfsbedürftigen aller Konfessionen, verschiedener Hautfarbe und politischen Ausrichtungen halten. Nun quälen sich die Hilfswerke mit unmöglichen Ausreden, um ihre direkte oder indirekte Unterstützung der beiden Volksinitiativen «Für weniger Militärausgaben und mehr Friedenspolitik» sowie «Für ein Verbot der Kriegsmaterialausfuhr» zu rechtfertigen.

Die Unterstützung der Initiativen, darunter diejenige zur Halbierung der Militärausgaben, ist de facto ein Aufruf zur Abschaffung einer glaubwürdigen Schweizer Armee. Die Rüstungsinitiative ist besonders verantwortungslos, weil sie nicht nur die Ausfuhr von Waffen verhindern will, sondern auch den Export von Spitzenprodukten, welche für zivile und für militärische Zwecke verwendbar sind. Die besag-

ten Hilfswerke massen sich sogar die Kompetenz an, die Wirksamkeit unserer Landesverteidigung mit einer halbierten Armee zu beurteilen und sind bereit, mehrere tausend Schweizer arbeitslos zu machen. Während zum Beispiel die Caritas (nur) die allgemeinen Leitgedanken der Entwicklungshilfe (u a tiefere Militärausgaben, Verminderung der Kriegsmaterialausfuhr) mitunterzeichnete, kann sie es aber nicht ungeschehen machen, dass sie als Auftraggeber, zusammen mit Swissaid, Fastenopfer, Brot für alle, Helvetas, Caritas und mit der Direktion für Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe (DEH), 1989 und 1994 Umfragen machen liess. Darunter fügerte unter anderem auch die Frage «Möchten Sie die Militärausgaben zugunsten der Entwicklungshilfe reduzieren?»

Mich erstaunt es, dass mit der DEH ein Direktorium vom Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) im trüben Wasser mitfischen darf. Die Ergebnisse der Umfragen wurden selbstredend vom Initiativkomitee der sozialdemokratischen Partei sowie der Arbeitsgemeinschaft für Rüstungskontrolle und ein Waffenexportverbot (ARW) als Abstimmungsargumente übernommen. Die militärfeindlichen Gedanken sind auch in der von der Aktion «*Brot für alle/Fastenopfer*» (BFA/FO) herausgegebenen politisch gefärbten Schrift «*Brot statt Waffen*» zu finden. Die BFA verwendete übrigens 1993 25 Prozent (1972 4,6 Prozent) der Spenden und Steuergelder für den internen Bedarf und brachte für 1,4 Millionen Franken Papier unter das Volk. Ich möchte hier auch festhalten, dass 34 Hilfswerke, darunter Brot für alle, HEKS, Swissaid und KEM ihre Unterschrift zu der im vergangenen Jahr an einer Pressekonferenz vorgestellten friedenspolitischen Broschüre gegeben haben. Diese beinhaltet eine konkrete Zustimmung zu den beiden militärfeindlichen Initiativen. Das HEKS (Hilfswerk der evangelischen Kirche) machte sogar eine Tonbildschau dazu. Es schlekt keine Geiss weg, eine grosse Zahl bedeutender Hilfswerke der Schweiz begibt sich mit ihren Stellungnahmen oder Unterschriften auf die Ebene einseitiger Partei- und Abstimmungspolitik.

Für mich zog ich meine Konsequenzen. Die über die Festtage eingegangenen Bettelbriefe brachte ich umgehend, aber neu frankiert, mit dem Retourvermerk zur Post. Mit der politischen Propaganda haben die Hilfswerke ihre wirklich notwendige Arbeit selbst in Misskredit gebracht und dem Gedanken der Entwicklungshilfe Schaden zugefügt. Sie sollten sich auch hinter die Ohren schreiben, dass nur eine freie, souveräne und wirtschaftlich leistungsfähige Schweiz fremden Völkern helfen kann. Wir brauchen eine glaubwürdige Armee und eine gesunde, nicht von Vorschriften eingeengte Exportwirtschaft. Sonst werden dereinst ausländische Hilfswerke uns unterstützen müssen.

Edwin Hofstetter